

Verordnung

die Abänderung der Verordnung vom 20. Mai 1903, die Lagerung und Aufbewahrung von Mineralölen betreffend.

Vom 25. Oktober 1916.

Ernst Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein pp.

Wir haben uns Allergnädigt bewogen gefunden, in Abänderung Unserer Verordnung, die Lagerung und Aufbewahrung von Mineralölen betreffend, vom 20. Mai 1903 (Regierungsblatt Seite 287) zu verordnen und verordnen hiermit für die Dauer des gegenwärtigen Krieges, wie folgt:

§ 1. § 7 der Verordnung vom 20. Mai 1903 erhält als Absatz 3 folgenden Zusatz:

Die im Absatz 1 bezeichneten Flüssigkeitsmengen dürfen von 25 auf 60 Kilogramm erhöht werden, wenn sich darunter Benzol in eisernen Gefäßen mit dichtem Schraubverschluss, jedoch im Höchstfall bis zu 36 Kilogramm befindet und die Gefäße nach jeder Benutzung dicht verschlossen werden.

Unsern Unfern eigenhändigen Unterschrift und beigebrütem Großherzoglichen Siegel.

Darmstadt, den 25. Oktober 1916.

Ernst Ludwig.

v. Sombertg.

Betr.: Kartoffelbrennereien.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Es wird auf Anordnung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts mitgeteilt, daß den Brennereibesitzern zu Speisewedden 25 Prozent der nach Deckung des Bedarfs an Saatgut und des Eigenbedarfs an Speisefertigkartoffeln verbleibenden Kartoffelmengen auch dann abgefordert werden dürfen, wenn aus dem Rest nicht mehr $\frac{1}{4}$ des zugekauften 90 prozentigen Durchschnittsbrandes geleistet werden können.

Da durch eine Mitteilung der Spirituszentrale an die Brennereibesitzer heute noch Zweifel entstanden sein könnten, wollen Sie die Brennereibesitzer von Vorstehendem ausdrücklich bedeuten und zur Ablieferung der darnach vom Kommunalverband zu beanspruchenden Speisefertigkartoffeln mit Frist von 3 Tagen auffordern. Im Weigerungsfalle ist Enteignungsantrag bei uns zu stellen.

Siehe n., den 5. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Ufinger.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Schwefel. Vom 27. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Schwefel im Inland herstellt, hat ihn vom Beginn des 1. November 1916 ab an die Kriegsschemikalien-Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen. Er kann Ausnahmen zulassen und weitere Vorschriften über den Verkehr mit Schwefel oder schwefelhaltigen Rohstoffen und Erzeugnissen erlassen.

Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden, sowie daß neben der Strafe auf Einziehung derjenigen Stoffe erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Die Verordnung tritt am 1. November 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 27. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Seiffert.

Bekanntmachung

betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Schwefel. Vom 27. Oktober 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über den Verkehr mit Schwefel vom 27. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1195) wird bestimmt:

§ 1. Die Erzeuger von Schwefel sind verpflichtet, ihre gesamte Monatserzeugung bis zum zehnten Tage des nächsten Monats unter Angabe der Menge, des Schwefelgehalts und der physikalischen Beschaffenheit der Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, in Berlin anzuzeigen.

§ 2. Die Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige zu erklären, ob sie den Schwefel überneh-

men will. Geht binnen drei Wochen nach Absendung des Angebots eine Erklärung nicht ein oder erklärt die Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, daß sie den Schwefel nicht übernehmen will, so erlischt die Lieferungsverpflichtung. Erklärt sie, den angebotenen Schwefel übernehmen zu wollen, so ist dieser auf ihr Verlangen an die von ihr angegebene Adresse zu verladen.

Das Eigentum geht auf die Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft über in dem Zeitpunkt, in welchem die Uebernahmeerklärung dem Eigentümer oder Erzeuger zugeht.

§ 3. Die Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, darf für den von ihr übernommenen Schwefel nicht mehr als 32 Mark für je 100 Kilogramm Schwefel bei einem Schwefelgehalt von mindestens 99 vom Hundert des Gesamtgewichts zahlen.

Die Preise gelten für je 100 Kilogramm Reingewicht und umfassen die Kosten der Beförderung bis zur nächsten Eisenbahn- oder Schiffsabstelle sowie die Kosten des Einladens. Neben dem Uebernahmepreise kann für die Aufbewahrung bei längerer Dauer eine angemessene Vergütung gewährt werden. Auch kann für die Aufbewahrung von Schwefel, welcher von der Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, gemäß § 2 nicht übernommen wird, eine angemessene Vergütung gewährt werden.

Für Schwefel von besonderer chemischer Beschaffenheit oder physikalischer Aufbereitung ist ein Zuschlag oder ein Abschlag in der Höhe zu berechnen, wie es dem Handelsbrauch im Frieden entspricht.

§ 4. Die Preise gelten für Lieferung ausschließlich Verpackung.

§ 5. Die Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, hat für den von ihr übernommenen Schwefel einen angemessenen Uebernahmepreis und eine angemessene Vergütung für die Aufbewahrung bei längerer Dauer, für den von ihr nicht übernommenen Schwefel eine angemessene Vergütung für die Aufbewahrung bei längerer Dauer zu zahlen.

Mit der Verpflichtete mit dem von der Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, angebotenen Beträge nicht einverstanden, so steht die höhere Verwaltungsbehörde, die für den Ort zuständig ist, von dem aus die Lieferung erfolgen soll, den Uebernahmepreis und die etwaige Vergütung für Aufbewahrung fest. Die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festlegung des Preises zu liefern, die Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, den von ihr festgesetzten Betrag zu zahlen.

§ 6. Die Zahlung erfolgt spätestens vierzehn Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde der Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, zugeht.

§ 7. Bestehende Verträge der Kriegsschemikalien Aktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, auf Lieferung von Schwefel bleiben unberührt.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer der Vorchrift des § 1 der Verordnung über den Verkehr mit Schwefel vom 27. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1195) zuwiderhandelt;

2. wer die im § 1 dieser Bekanntmachung vorgeschriebenen Anzeigen nicht rechtzeitig erstattet oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Neben der Strafe kann auf Einziehung des Schwefels erkannt werden, auf den sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht.

§ 9. Die Bestimmungen treten mit dem 1. November 1916 in Kraft.

Berlin, den 27. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers

Dr. Seiffert.

Bekanntmachung

Als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 5, 6 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. Oktober 1916, betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Schwefel (Reichs-Gesetzbl. S. 1195) wird der Provinzialausdruck bestellt.

Darmstadt, den 1. November 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Sombertg.